

Inhaltsverzeichnis

I. Profile

ULRICH HUFELD

Graf Andrassy, der Außenminister der Habsburgermonarchie und
der Außenminister der Europäischen Union.

Eine historisch-rechtsvergleichende Miniatur	1
I. <i>GASP</i> als bundesstaatliches Element	1
II. Auswärtige Gewalt der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn Monarchische Union zwischen Einheit und Parität	3
1. Österreich-Ungarn als einheitliches Völkerrechtssubjekt	3
2. „Andrassy? Das ist meine Politik!“	4
3. Die Delegationen	6
4. Der Außenminister im Gemeinsamen Ministerrat	9
III. Der Außenminister der Europäischen Union – Gehilfe und Akteur zwischen Einheit und Parität	11
1. Die Europäische Union als Einheit	11
2. Singularität und Kollegialität	12
3. Subalternität und Kreativität	14
4. EU-Außenpolitik in der Zeit	16
IV. Die Donaumonarchie – ein heikles Exempel	19

KLAUS-PETER SCHROEDER

Carlo Schmid (1896–1979) – Ein deutscher Europäer	21
I. Die „offene Staatlichkeit“ des Art. 24 GG	21
II. Das Konzept der „Dritten Kraft“	24
III. Zwischen Frankreich und Deutschland	26
IV. Stationen eines Lebenswegs	28
V. Neuanfänge	30
VI. Errichtung einer „streitbaren Demokratie“	32

ANDREJ STUČLÍK

Metternich vs. Monnet. Konkurrierende Leitbilder der Integrations- politik und Souveränität in der Europäischen Union	37
I. Metternich und Monnet – zwei Europäer im Vergleich	38

1. Clemens Wenzel Lothar, Fürst Metternich – Staatsmann des Friedens oder Connaisseur der Machtpolitik?	38
2. Jean Monnet – „Dynamik in kleinen Schritten“	42
II. Integrationspolitik: Das theoretische „Wie“ des europäischen Einigungsprozesses	45
1. Monnet und (Neo-)Funktionalistische Erklärungsansätze	46
2. Metternich und die Theorie des (Liberalen) Intergouvernementa- lismus	48
III. (Staatliche) Souveränität in der EU	50
1. Pooled Sovereignty	50
2. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union	52
3. Die Chimäre des Europäischen Demos	54
IV. Schlussbemerkung	57

THOMAS OPPERMANN

Konventsmethode und „gemischte“ Entstehung der Unions- verfassung. Valéry Giscard d'Estaing, Elmar Brok und andere Conventionnels	59
I. Das Konglomerat der Gemeinschaftsverträge	59
1. Hat die Europäische Union bereits eine Verfassung?	59
2. Die Unzufriedenheit mit dem heutigen Verfassungszustand der Union	60
II. Paradigmenwechsel: Der Europäische Konvent 2002–2003	62
1. Köln 1999 und Nizza 2001: der Weg zum Konventsverfahren	62
2. Die Einberufung des Europäischen Verfassungskonvents in Laeken	63
3. Ein einheitlicher Verfassungsentwurf	64
III. Der Verfassungskonvent als Gremium	66
1. Zusammensetzung des Konvents	66
a) Präsidium	67
b) Nationale Mitglieder des Konvents	67
c) Mitglieder aus dem Europäischen Parlament	68
d) Mitglieder aus der Europäischen Kommission	68
e) Beobachter	68
f) Konventssekretariat	68
g) Verbindung mit der Zivilgesellschaft	69
h) Politische Gestalt des Konvents	70
2. Zur deutschen Mitwirkung im Konvent	71
a) Die deutschen Vertreter aus Parlament und Regierung	71
b) Die „deutschen Europäer“	71
c) Koalitionen	72
3. Der Konvent – eine verfassungsgebende Versammlung?	72
4. Begrenztes Mandat des Konvents	73
5. Konsens statt Schlußabstimmung	74

6. Vollständige oder begrenzte Freiheit der Regierungskonferenz gegenüber dem Konventsentwurf?	74
IV. Die Arbeitsweise des Konvents	75
1. Die mündlichen Debatten	76
a) Plenum	76
b) Arbeitsgruppen und Diskussionskreise	76
c) Sonstige Zusammenkünfte	77
2. Schriftliche Stellungnahmen	77
3. Zeitlicher Ablauf der Konventsarbeit	77
a) „Phase des Zuhörens“	77
b) „Phase der Studien“	78
c) „Phase der Texte“	78
4. Zur Rolle von Vorsitz und Präsidium	78
a) Der Konventspräsident	78
b) Vizepräsidenten – Generalsekretär	79
c) Gesamtpräsidium	80
V. Zur Zukunft der Konventsmethode	80
1. „Konventsmethode“: Zusammenspiel zweier Institutionen	81
2. Die Mitgliedstaaten als Herren und Diener der Union	82

II. Geist und Gestalt der europäischen Einigung

WOLFGANG GRAF VITZTHUM	
Penser l'Europe de demain	83
RÜDIGER BUBNER	
Was wird aus der Verfassung Europas?	97
ISTVÁN M. FEHÉR	
Die Verfassung und das Volk.	
Überlegungen im Anschluss an den Aufsatz Rüdiger Bubners	107
MARKUS M. MÜLLER	
Mut zur Staatlichkeit. Volk, Demokratie und Staatlichkeit	
in der Verfassungsdebatte	119
I. Einleitung	119
II. Der Auftrag von Laeken – Eine Grundsaniierung für Europa	121
III. Voraussetzungen europäischer Staatlichkeit	122
IV. Schlussfolgerungen	133

III. Europäische Verfassung als Prozeß und Institution

STEFAN OKRUCH

Verfassungswahl und Verfassungswandel aus ökonomischer Perspektive. Oder: Grenzen der konstitutionenökonomischen Suche nach der guten Verfassung	135
I. Einführung	135
II. Auf der Suche nach der guten Verfassung	138
1. Ordoliberalismus und Konstitutionenökonomik	138
2. Verfassungen als Lösung eines Kooperationsproblems: Der konstitutionenökonomische Grundansatz	139
3. Die Widersprüchlichkeit der Verfassungsreform	141
III. Erweiterungen der konstitutionenökonomischen Analyse	144
1. Vor dem konstitutionellen Augenblick: Zur Differenzierung der Präferenzen	144
2. Nach dem konstitutionellen Augenblick	147
a) Verfassungserkundung und Systemwettbewerb	147
b) Nach dem Spiel ist vor dem Spiel: Die Verfassung als Lösung eines Koordinationsproblems	148
c) Sichere Verfassungsregeln als archimedischer Punkt?	149
3. Zu einer Theorie des impliziten Verfassungswandels	151
a) Die Analyse der Positiven Konstitutionenökonomik: Darstellung und Kritik	151
b) Schwierigkeiten und Möglichkeit einer interdisziplinären Theorie des Verfassungswandels	152
IV. Wirtschaftspolitische Implikationen für Europa: Ein versöhnlicher Abschluß	156

KLAUS BECKMANN

Legitimation einer europäischen Verfassung: Anmerkungen aus einer verfassungsökonomischen Sicht	159
I. Soziale Ordnung und die Theorie des fiskalischen Föderalismus	161
1. Funktionen einer Verfassung	161
2. Aufteilung allokatonspolitischer Aufgaben	163
3. Zuweisung distributionspolitischer Aufgaben	164
4. Folgerungen für eine Europäische Verfassung	164
II. Rechtfertigung konstitutioneller Reform	165
1. Output-Legitimation durch Erreichen eines objektiven Ziels?	166
2. Output-Bewertung nach Regeln: zum hypothetischen Konsens	169
3. Exkurs: Evolution und Konsens	170
III. Konstitutionell optimale Supermajoritäten und die Legitimation durch Volksabstimmungen	171
IV. Exit-Option und Legitimation	174

1. Wirkung des Wettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften: Steuerwettbewerb versus Systemwettbewerb	175
2. Sezession	179
V. Ein kurzes Schlusswort	181

MARTIN LESCHKE

Die Verfassung der Europäischen Union: Eine kritische Betrachtung grundlegender Anreizwirkungen der europäischen Gewaltenteilung	183
I. Einleitung	183
II. Problemstellung	184
III. Die normative Konzeption der Verfassung aus der Sicht der konstitutionellen Ökonomik	186
IV. Gemeinwohlprinzipien und Gewaltenteilung – grundlegende Schranken und Anreizwirkungen in der EU-Verfassung	193
V. Zusammenfassung	203
Anhang: Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (2. Protokoll zum Verfassungsvertrag)	204

MARTIN GROSSE HÜTTMANN

Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union. Leitbilder, Kontroversen und Konsenslinien der europäischen Verfassungsdebatte	207
I. Einleitung	207
II. Die Vor- und Frühgeschichte des Konvents: „Europa im Ideenwettbewerb“	209
III. Der Verfassungskonvent: Mandat, Zusammensetzung und Arbeitsweise	216
1. Das Mandat von Laeken: ambivalent und ambitioniert	216
2. Die Zusammensetzung des Konvents	218
3. Die Arbeitsweise des Konvents	220
IV. Der Verfassungsentwurf des Konvents vom Juni/Juli 2003 – eine Übersicht über die zentralen Vorschläge	226
V. „... ohne Zeitdruck aufeinander zu diskutieren“ – Eine Analyse der Konventsmethode	228
VI. Schlussfolgerungen	232

JÜRGEN DIERINGER**Entparlamentarisierung oder Renaissance der Volksvertretungen?****Zur Rolle nationaler Parlamente im europäischen Integrations-**

prozess	235
I. Einleitung: Die Europäisierungsdebatte in den Sozialwissenschaften	235
II. Parlamente im Integrationsprozess: Die Entparlamentarisierungsthe- these	237
III. Einige empirische Beobachtungen	241
1. Deutschland	241
2. Frankreich	243
3. Österreich	245
4. Dänemark	247
5. Ungarn	249
III. Errungenschaften: Nationale Parlamente auf europäischer Ebene und der Europäische Konvent	251
IV. Ergebnis und Ausblick	255
Anhang: Protokoll über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (1. Protokoll zum Verfassungsvertrag)	258

ROLAND STURM**Eine Verfassung für ein Land ohne Verfassung?**

Britische Europapolitik und der europäische Verfassungsvertrag	261
I. Traditionslinien britischer Europapolitik	261
II. Wozu eine europäische Verfassung?	264
III. Ein Referendum über die Verfassung oder über die EU-Mitglied- schaft?	267
IV. Ein britisches Europa?	270

HERBERT KÜPPER**Die Ratifikation der Unionsverfassung in den neuen Mitglied-**

staaten	273
I. Der erste Schritt: EU-Beitritt und supranationale Öffnungsklausel	275
II. Der nächste Schritt: Die Übernahme der europäischen Verfassung	280
1. Die Rechtsnatur der europäischen Verfassung	280
2. Die Position der Verfassungen der Neumitglieder	283
3. Die Übertragung weiterer Souveränitätsrechte	284
a) Die ausdrückliche Regelung: Lettland	284
b) Die Verfassungen mit einer ausdrücklichen EU-Klausel	285
c) Verfassungen mit einer unspezifischen supranationalen Öffnungs- klausel	286
d) Zusammenfassung	287
4. Das Verfahren der innerstaatlichen Ratifikation	287

a) Ausdrückliche Regelung: Lettland	288
b) Allgemeine Vorschriften, die eine Beteiligung des Volkes erzwingen: Litauen	289
c) Allgemeine Vorschriften, die eine Beteiligung des Volkes ermöglichen: Polen, Slowenien, Slowakei	291
d) Allgemeine Vorschriften, die eine Beteiligung des Volkes verbieten: Estland, Tschechien und Ungarn	293
III. Schlussbetrachtung	297
Anhang: die einschlägigen Verfassungsnormen	298

ISTVÁN VARGA

Zum aktuellen Stand der EU-Verfassungsdebatte in Ungarn	303
I. Allgemeines	303
II. Der verfassungsrechtliche Aspekt	305
III. Jenseits des Verfassungsrechts	308

IV. Europa als juristische Form

PETER-CHRISTIAN MÜLLER-GRAFF

Eine neue Verfassung für Europa.

Kriterien der Europarechtswissenschaft	311
I. Konzeptionelle Klarheit	314
II. Funktionelle Realitätsfähigkeit	315
1. Differenziertes Zusammenwirken	316
2. Bewährte Grundentscheidung für den supranationalen Binnen- markt	317
3. Definierte Kompetenzordnung mit Flexibilitätsklausel	318
III. Systemrationalität	319
1. Kompetenzbegrenzungen	319
2. Hinreichend legitimierende Entscheidungsverfahren	320
IV. Reduktion von Komplexität	322
1. Vertragliche Einheitlichkeit (Ein Vertrag, eine Organisation, eine Rechtspersönlichkeit)	323
2. Institutionelle, prozedurale und instrumentelle Vereinfachung . . .	323
3. Textliche Kompaktheit	325
4. Beschränkung auf Profilbildendes	326
a) Die Gemeinschaft als transnationales Gebilde	327
b) Die Gemeinschaft als Gemeinwesen	327

HERIBERT FRANZ KÖCK/TANJA MARKTLER

Der Verfassungsvertrag – Überblick und Analyse	329
I. Einsetzung eines europäischen Verfassungskonvents	329
II. Arbeitsfortgang und Ergebnis	329
III. Verhältnis der zukünftigen Verfassung zu den gegenwärtigen „Verfassungsverträgen“	332
IV. Analyse des Verfassungsvertrags	333
1. Gliederung des Verfassungsvertrags	333
2. Aufhebung der Trennung von Union und Europäischer Gemein- schaft	334
3. Supranationalität und Intergouvernementalität	335
4. Neuerungen	335
a) Europäischer Rat	336
b) Präsident des Europäischen Rates	336
c) Außenminister der Europäischen Union	337
d) Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	338
e) Rat	339
f) Kommission	341
g) Europäisches Parlament	343
h) Zweck und Erfolg der institutionellen Änderungen	344
i) Die Rolle der nationalen Parlamente	345
j) Rechtsetzung	347
V. Integrationsfunktion der europäischen Verfassung	351
VI. Chancen des Verfassungsvertrags	356

PAUL KIRCHHOF

Europa auf dem Weg zu einer Verfassung?	359
I. Die rechtliche Bedeutung einer Verfassung	360
1. Dokumentation einer dauernden Grundordnung in einer Urkunde	361
2. Vorrang der Verfassung	363
3. Die inhaltlichen Anforderungen an eine Verfassung	365
a) Hoheitsrechte, nicht Hoheitsgewalt	365
b) Hoheitsrechte und Hoheitsunterworfenen	366
c) Rechtliche Begründung und Balancierung von Mächtigkeit	367
II. Die Qualifikation der Europäischen Union	368
1. Der Staatenverbund	368
2. Die Wertegemeinschaft	369
III. Das Demokratieproblem	371
1. Legitimation in den Staatsvölkern	371
2. Menschenrechte und Bürgerrepräsentation	373
3. Demokratisierungsauftrag ohne europäisches Staatsvolk	374
IV. Organe und Zuständigkeiten	375
1. Ausbau zentraler Organe	375

2. Zusammensetzung der Organe	377
3. Entscheidungsverantwortlichkeit	377
4. Währungsunion	378
V. Die Handlungsmittel	379
VI. Entstehungsgrund der neuen Ordnung	379
1. Drei Verfassungsbegriffe	379
2. Die Rechtsquellen: Wissen, Wille, Wirklichkeit	380
THOMAS VON DANWITZ	
Grundfragen einer Verfassungsbindung der Europäischen Union	383
I. Einführung	383
II. Grundlagen einer normativen Verfassungsbindung in Europa	385
1. Das Anliegen europäischer Verfassungsgebung	386
2. Konkurrenz der verfassungsbildenden Faktoren	387
3. Ausgangsbefund: Wirksamkeitsorientierung der Verfassung	389
4. Verfassungsgerichtliche Prüfungsbefugnisse	390
a) Divergierende Konzeptionen verfassungsgerichtlicher Normen- kontrolle	390
b) Zum Selbstverständnis des Gerichtshofs	392
c) Die Integrationsaufgabe der Europäischen Verfassung	393
5. Grenzen einer Verrechtlichung der Verfassung Europas	394
III. Rechtliche Bindungsaufgabe und Bindungskraft einer europäischen Verfassung	396
1. Institutionelle Voraussetzungen	396
2. Legitimation durch Verfassungsrechtsgewährung	398
3. Normative Ausprägungen im Verfassungsvertrag	399
4. Wirkungsfelder normativer Verfassungsbindung	400
WERNER HEUN	
Die Europäische Zentralbank in der Europäischen Währungs- union	403
I. Einleitung	403
II. Rechtliche Grundlagen	404
III. Die Organisationsstruktur des Europäischen Systems der Zentral- banken	405
IV. Ziele und Funktionen	410
V. Strategie und Instrumentarium der Geldpolitik	414
VI. Die Unabhängigkeit des Europäischen Systems der Zentralbanken und die Stabilität des Euro	418
JÜRGEN GÜNDISCH	
Grundrechte und Rechtsschutz	429

JOSEF RUTHIG

Europäische Gesetzgebung	449
I. Einführung	449
II. Die EU als demokratisch und rechtsstaatlich verfaßter Hoheits- träger	453
1. Die Gemeinschaft als Hoheitsträger	453
2. Das Bedürfnis nach einer Grundordnung	454
3. Demokratische und rechtsstaatliche Anforderungen an diese Grundordnung	455
III. Konkretisierungen: Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren der EU	458
1. Die Gesetzgebungskompetenz	458
2. Das Gesetzgebungsverfahren	460
a) Das Gesetzesinitiativrecht	461
b) Gesetzgebungsorgane	462
c) Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens	464
3. Ausblick	465
IV. Europäische Gesetze und Rahmengesetze	465
V. Rechtsschutz gegen Europäische Gesetze	466
1. Rechtsschutz der Mitgliedstaaten	467
2. Individualrechtsschutz	468
VI. Ein vorläufiges Fazit	470

ULRICH HUFELD

Europäische Verfassungsgebung zwischen Völker- und Europa- recht	473
I. Ein anspruchsvoller Verfassungsbegriff für Europa	473
II. Von der Revolutionsstrategie zur Evolutionsdramaturgie	477
III. Europas Tertiärverfassung	480
IV. Europas Konstitutionalisierungsschicksal – fünf Thesen	482
V. Vorprägung der Verfassungsgebung im staatlichen Recht: Die Verpflichtung auf die Verfassungsidee	485
VI. Verfassungsstatik und Änderungsdynamik	487
VII. Verfassung als Wert – Verfassungsgebung als Verfassungsschutz	491
Vertrag über eine Verfassung für Europa	493
Autorenverzeichnis	611